Sitzungsvorlage

Datum: 07.10.2015
Drucksache Nr.: **15/0293**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Kultur-, Sport- und Freizeitausschuss	24.11.2015	öffentlich / Entscheidung

Betreff

Verfahrensweise bei ordnungsamtlichen Bestattungen

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Es wird auf die Beratung und Beschlussfassung zum Antrag der Kirchen nach § 24 GO NRW hingewiesen (Drucksachen-Nr. 15/0215, Unterausschuss für Bürgerangelegenheiten/Haupt- und Finanzausschuss vom 26.08.2015).

Bei der sogenannten Ordnungsamtsbestattung handelt es sich um eine Maßnahme der Ordnungsbehörde zur Gefahrenabwehr, sofern der Bestattungspflichtige seiner Verpflichtung nicht nachkommt oder nicht zu ermitteln ist bzw. ein Bestattungspflichtiger nicht vorhanden ist.

Gemäß § 8 Bestattungsgesetz NRW (BestG NRW) hat die örtliche Ordnungsbehörde, auf deren Gebiet der Tod eingetreten oder der Tote gefunden worden ist, in den vorgenannten Fällen die Bestattung zu veranlassen. Es handelt sich dabei um eine Ersatzvornahme im Sinne des § 59 Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG). Sollten im Nachgang Verpflichtete ermittelt werden können, so werden diese zur Kostenerstattung herangezogen.

Maßstab für die Aufwendungen der Ordnungsbehörde für eine von ihr veranlasste Bestattung ist nur der notwendige Mindestaufwand einer Bestattung. Hierzu zählt ein einfaches Begräbnis ohne Feierlichkeiten. Liegt eine Willensbekundung des Verstorbenen vor, soll diese Berücksichtigung finden. Eine Verstreuung der Asche ist nach den Bestimmungen des Bestattungsgesetzes NRW nur möglich, wenn dies schriftlich vom Verstorbenen bestimmt ist.

Vor diesem Hintergrund werden ordnungsamtliche Bestattungen bei nicht vorliegender/nicht

bekannter Willensbekundung im Rhein-Taunus-Krematorium in 56340 Dachsenhausen mit anschließender anonymer Urnenbeisetzung in einem Rasenreihengrab auf dem Friedhof Dachsenhausen vorgenommen. Die Kosten (nur für die Beisetzung) belaufen sich auf 200 €.

Da die Kosten für eine von der Ordnungsbehörde veranlassten Bestattung aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt werden, ist der sparsame Umgang mit diesen Geldern verpflichtend.

Zudem kann gegen evtl. im Nachhinein ermittelte Bestattungspflichtige ein Kostenerstattungsanspruch nur in Höhe des vorgenannten Mindestaufwandes durchgesetzt werden.

Die Kosten für eine Urnenbeisetzung auf einem städtischen Friedhof belaufen sich gemäß zurzeit gültiger Friedhofsgebührensatzung auf 805 € und stellen somit einen finanziellen Mehraufwand von 605 € dar. Hinzu kommen weitere 71 € für die Rückverbringung der Urne nach Sankt Augustin. Dieser Mehraufwand könnte – bei nachträglicher Ermittlung von Bestattungspflichtigen – im Rahmen des Kostenerstattungsanspruches nicht durchgesetzt werden.

Aus Sicht der Verwaltung ergibt sich zusammenfassend:

1. Die Kosten für eine anonyme Urnenbeisetzung auf einem städtischen Friedhof in Sankt Augustin übersteigen den bei einer ordnungsbehördlichen Bestattung zu berücksichtigenden Mindestaufwand um 676 € und sind insoweit als freiwillige Ausgabe zu klassifizieren (bei jährlich 10 – 15 derartigen Bestattungen: 6.760 € - 10.140 €). Neue freiwillige Leistungen sind nach der Genehmigungsverfügung der örtlichen Kommunalaufsichtsbehörde nur dann zulässig, wenn sie durch Wegfall anderer freiwilliger Leistungen mindestens kompensiert werden können. Dies ist in Anbetracht, dass auch unbeeinflussbare Kostensteigerungen in diesem Bereich kompensiert werden müssen, als schwierig anzusehen.
2. Die Mehraufwendungen können im Falle der nachträglichen Durchsetzung eines Kostenerstattungsanspruches nicht durchgesetzt werden.
3. Hinweise, dass Wegbegleiter der Verstorbenen einen Ort der Trauer und Erinnerung in Sankt Augustin suchen, liegen der Verwaltung nicht vor.
4. Sollte im Zuge der Ermittlungen (innerhalb der Bestattungsfrist von 10 Tagen) ein ausreichender und verfügbarer Nachlass des Verstorbenen festgestellt werden, könnte eine Beisetzung in Sankt Augustin erfolgen.

Auf Grund der für die Friedhöfe zwingend anzuwendenden Vorschriften des Kommunalen Abgabengesetzes (KAG) ist es nicht möglich, für Ordnungsamtsbestattungen eine Ausnahme von den Gebührenregelungen vorzunehmen. Im Rahmen des sich aus der vorgenannten gesetzlichen Vorschrift ergebenden Gleichbehandlungsgrundsatzes ist es auch nicht möglich, einen bestimmten Friedhofsteil als nicht öffentlich benutzbar nur für Ordnungsamtsbestattungen vorzusehen. In einem solchen Fall würde sich die Verwaltung gegenüber den übrigen Nutzern eines Friedhofes einen Vorteil verschaffen.

Andere, wirtschaftlichere Bestattungsmöglichkeiten sieht die Bestattungskultur in Sankt Augustin derzeit nicht vor und sind auch nicht erkennbar. Sofern künftig die Gebühren für eine Bestattungsform in Sankt Augustin die Gebührenhöhe des derzeit praktizierten Verfahrens nicht mehr übersteigen, wird dies bei der Wahl des Bestattungsortes berücksichtigt.

Sollte es die Haushaltslage künftig ermöglichen, Ordnungsamtsbestattungen auf einem städtischen Friedhof vorzunehmen, wird die Verwaltung dies bei den entsprechenden Haushaltsplanungen berücksichtigen.

<Name des Unterzeichnenden>

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf €.

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan zur Verfügung.

- Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von
 über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.
 über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen. Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.